

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hirsch-Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 74.

Berlin, Sonnabend, 14. September 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Zur Fleischsteuerung. — Vorpостengeplänkel. — Eine Warnung vor der Auswanderung in unser Schutzbiet. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zeit. — Briefkasten. — Anzeigen.

Kollegen und Kolleginnen!

Angeichts des bevorstehenden Quartalswechsels ist es unsere Pflicht, eindringlich zur Werbearbeit für den

„Gewerksverein“

zu mahnen. Der kommende Winter wird überaus reich sein an sozialpolitischen Ereignissen und Auseinandersetzungen, über die

Aufklärung

vom Standpunkt unserer Organisation verbreitet werden muß. Eine ganze Reihe von bedeutenden Gesetzen wird die Parlamente und insbesondere den deutschen

Reichstag

beschäftigen. Dazu muß auch von uns Stellung genommen werden. Mancherlei Vorgänge in der Arbeiterbewegung deuten darauf hin, daß

unsere Gegner

nicht gewillt sind, ihren Kampf gegen uns in anständigeren Formen zu führen als bisher. Da gibt es keinen besseren

Bundesgenossen

als das Verbandsorgan, das zu jeder Zeit den Mitgliedern das nötige Rüstzeug liefert, feindliche Angriffe zurückzuweisen und gleichzeitig für die Verbreitung unserer Ideen zu wirken. Wer das mit Erfolg tun will, muß ständiger Leiter des Verbandsorgans sein, und wer tüchtige Mitkämpfer zur Seite haben will, muß

Abonnenten für den „Gewerksverein“

werben. Darum rufen wir auch jetzt wieder den Mitgliedern zu:

Freiwillige vor!

Tragt Sorge, daß sich die Zahl der „Gewerksvereins“-Abonnenten vermehrt. In jeder Sitzung muß das Abonnement empfohlen und darauf hingewiesen werden, daß jeder Gewerksvereiner im Interesse seiner Organisation das kleine Opfer bringen kann und muß. Der Abonnementspreis beträgt für das Vierteljahr nur 75 Pf., und wer Wert darauf legt, daß ihm das Blatt regelmäßig und pünktlich zweimal in der Woche durch den Briefträger ins Haus gebracht wird, wird vor der geringen Mehrausgabe von 18 Pf. auch nicht zurückerschrecken.

Allo auf zur Werbearbeit!

Bei dem richtigen Eifer wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Zur Fleischsteuerung.

Die Not des Volkes dauert fort, ja sie wird fast täglich größer, da die Preise für Fleisch immer noch im Steigen begriffen sind. Die Gemeindevertretungen in allen Teilen des Reiches sinnen auf Abhilfemaßregeln und sind demüht, soweit es unter den obwaltenden Verhältnissen in ihren Kräften steht, Vinerung zu schaffen. Aus vielen Ortsverbänden sind uns darüber Mitteilungen zugegangen. In den Landtagen einzelner Bundesstaaten sind die Regierungen aufgefordert worden, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die fleischwertuernden Grenzsperrn aufgehoben werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat Herrn v. Bethmann Hollweg eruchtet, unverzüglich den Reichstag einzuberufen. Indessen der Herr Reichskanzler rührt sich nicht. Höchstens wird hin und wieder in der „Nordd. Allg. Zeitung“ ein Aufsatz veröffentlicht, von dem man den Verfasser nicht kennt und für den niemand eine Verantwortung zu tragen braucht. Da wird auf die Zukunft verträöstet und zu beruhigen versucht. Aber ernste Maßnahmen zur Abhilfe werden nicht getroffen.

So etwas kann sich ein politisch reifes Volk auf die Dauer nicht gefallen lassen. Es wäre geradezu ein Wunder, wenn da die Erbitterung nicht ihren Höhepunkt erreichte und sich nicht auch bei Wahlen durch die Abgabe roter Stimmzettel Luft zu machen suchte. Herr v. Bethmann Hollweg läßt also eine schwere Schuld auf sich, wenn er sich nicht endlich aufrafft und bricht mit der Begünstigung jener kleinen Bevölkerungsschicht, die sich zwar bei jeder Gelegenheit als die Stützen von Thron und Altar aufspielt, in Wirklichkeit aber durch ihre Selbstsucht und Rücksichtslosigkeit alles tut, um Thron und Altar zu untergraben, indem sie dem Umsturz unablässig Wasser auf die Mühlen leitet.

Der Reichskanzler mußte sich im vorigen Jahre, als die langandauernde Dürre die Ernte der Futtermittel verdrab, sagen, daß in diesem Jahre ein größerer Fleischmangel eintreten würde. Es fehlte damals im Lande an Futter; die Einfuhr ist teuer. Da zogen es die Viehzüchter vor, ihre Ställe zu leeren und zu verkaufen, was sie nur an den Mann bringen konnten. Für jeden denkenden Menschen war es selbstverständlich, daß die Folgen hier von sich in späterer Zeit geltend machen müßten. Dem Reichskanzler ist dies so und so oft bedeutet worden. Trotzdem hat er keinerlei Vorkehrungsmaßnahmen getroffen. Er hat die Dinge laufen lassen, und nun ist das Elend da, das selbst die Reichsregierung ernstlich nicht zu beitreten vermag. Anstatt aber nun wenigstens das Verhängnis nachzuholen und durch energische Schritte wieder gut zu machen, hält Herr v. Bethmann Hollweg tatenlos die Hände in den Taschen. Er würt ja auch von der Not des Volkes selbst nichts. Von einer Öffnung der Grenzen, die in erster Linie Abhilfe schaffen könnte, verläutet nicht das geringste. Wohl will die „Allg. Fleischergaz.“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Regierung beabsichtige, den Zoll auf die einzelnen Futtermittel zu beseitigen oder zu ermäßigen, um so die Einfuhr zu erleichtern. Wäre ein solcher Schritt auch freudig zu begrüßen, so würde damit doch der augenblicklichen Not nicht abgeholfen werden. Eine Reihe liberaler Blätter weist ferner darauf hin, daß die bayerische Regierung sich mit der Reichsleitung ins Einbernehmen geehrt habe, um die Einfuhr ausländischen Fleisches zu erleichtern. Wir können zunächst nicht nachprüfen, was daran wahr ist und welche Zugeständnisse bezüglich der Einfuhr ausländischen Fleisches und Viehes gemacht werden sollen. Uns wäre jedes Mittel recht, das wirklich geeignet ist, eine Vinerung der Not herbeizuführen. Aber es

handelt sich doch bisher nur um Gerüchte. Der Reichskanzler hüllt sich nach wie vor in Schweigen; von der Regierung erfährt die Öffentlichkeit nichts.

Eine solche Gleichgültigkeit muß direkt aufreizend wirken. Diese Rücksichtslosigkeit dem Volke gegenüber und umgekehrt die durchaus unangebrachte Rücksichtnahme auf den Beutel der Agrarier wird sich bitter rächen. Wenn Herr v. Bethmann Hollweg seinen Ausweg weiß aus der Notlage, oder wenn er sich fürchtet, im Interesse der überwiegenden Mehrheit des Volkes die notwendigen Maßnahmen zu treffen, dann soll er einem andern Manne Platz machen, der den Agrariern ein stärkeres Rückgrat zeigen kann. Denn nur auf ihren Einfluß ist die jegliche Teuerung zurückzuführen. Sie sind gewissenlos genug, obgleich sie ohnehin nicht entfernt in der Lage sind, den Fleischbedarf des deutschen Volkes zu decken, die Viehzucht noch mehr einzuschränken, um dann zu fordern, was sie wollen. Und dabei kommt ihnen die Regierung zu Hilfe durch die Sperrung der Grenzen gegen ausländisches Vieh und durch hohe Getreidezölle, die von der Viehzucht geradezu abzudecken. Wir haben schon neulich für diese Ansicht einen bewährten Landwirt als Zeugen anführen können. Jetzt weist auch in der „Frankf. Ztg.“ ein Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse in der Pfalz darauf hin, daß, je mehr man den Getreidebau durch den Hochzoll künstlich rentabel macht, je mehr man andererseits die Viehzucht durch die Futtermittelzölle verteuert, desto stärker der Anreiz ist, den Getreidebau zu forcieren und die Viehzucht zu beschränken. Die Agrarier suchen diesen Zusammenhang zu verdunkeln. Aber in Wirklichkeit ist er eine Tatsache, die unbestreitbar ist, und von der man sich auch gerade in der Pfalz überzeugen kann. In den Gegenden, in denen nicht genügend Wiesenfläche vorhanden ist, geht die Viehzucht rasch zurück. Man hat es dort erleben können, daß mittlere Bauern in diesem Jahre ihr Vieh auf einmal veräußerten bis auf ein oder zwei Stück Rindvieh, die den häuslichen Milchbedarf decken sollten. Greifen solche Erscheinungen weiter um sich, dann ist natürlich nicht nur Fleischmangel, sondern auch Milchknappheit die Folge. Die Ursache dieser Zustände ist der Getreidehochzoll, wie viele Landwirte ruhig zugeben. Es erscheint ihnen rentabel, mächtig alle anbaufähigen Flächen zur Gewinnung teureren Getreides auszunutzen. Das ist ein glatterer Geschäft, als erst Futtermittel zu pflanzen und danach sie auf dem mühevolleren Umweg über die Viehzucht zu Geld zu kommen. Man baut Getreide und bekommt sein schönes glattes Geld auf die Hand. Der Gewährsmann der „Frankf. Ztg.“ kennt Orte mit großen Ackerbauflächen und großer Landwirtschaft, wo von einer Viehzucht gar nicht mehr geredet werden kann. Man hält nur noch die notwendigen Arbeitspferde und Arbeitskühe und baut teures Getreide. Es gibt Bauerndörfer, in denen man Milch nur mit großer Not, Butter fast gar nicht bekommt. Warum? Es ist kein Vieh mehr da. Man baut Braugerste, die man teuer verkaufen kann. Der Staat zahlte's ja. Diese durch uniere Zollpolitik veranlaßte Gemächtheit hat in letzter Zeit rührike Fortschritte gemacht, daß selbst viele sonst verhältnismäßig reichlich viehzüchtende Kleinbauern zu dieser neuen Art der Landwirtschaft übergeben. Sie halten nur noch so viel Vieh, wie zur Bestellung des Feldes erforderlich erscheint. Es ist sogar beobachtet worden, daß manche kleinen Landwirte sich Vieh zuleihen, um ihre Ernte einbringen zu können, die sie dann um glattes Geld „verklappen“.

Hier haben wir also die Bestätigung dessen in der Pfalz, was neulich ein praktischer Landwirt aus

Ostpreußen mit wenig andern Worten sagte. Und eine solche Bucherpolitik duldet die Reichsregierung nicht nur, sondern sie unterliegt sie sogar. Wahrlich, es ist weit gekommen; tiefer gehts eigentlich nimmer. Gegen eine solche Mißwirtschaft muß das Volk energisch Protest erheben. Wo dies noch nicht gechehen ist, müßten auch unsere Ortsverbände sich mit Eingaben an die Stadtverwaltungen und die Reichsbehörden wenden, damit endlich ernste Schritte unternommen werden. Die Verbandsleistung hat sich natürlich ebenfalls bereits mit der herrschenden Teuerung beschäftigt und wird in der in der nächsten Woche stattfindenden Zentralrats-sitzung Vorschläge zu geeigneten Schritten machen. Auf die Dauer kann der Schrei des Volkes nicht ungehört verhallen.

Dieser Artikel war bereits geschrieben, als wir in der Tagespresse die Nachricht fanden, daß am Mittwoch im Reichsamt des Innern eine Konferenz stattgefunden habe, in der unter Weisung des Staatssekretärs Dr. Delbrück und des preußischen Landwirtschaftsministers v. Schorlemer-Lieser über die Fragen der Milderung der Fleischbeschauvorschriften beraten worden ist. Nach der Mitteilung eines offiziellen Blattes soll die Konferenz zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß eine Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes unnötig geworden ist. Die Industrie habe es dahin gebracht, daß sie ohne Entfremdung der im genannten Paragraphen aufgeführten Teile Fleisch im geforenen Zustande aus Argentinien und Australien nach Deutschland zu importieren vermöge, und die Reichsbehörden sollen sich auch bereits darüber vergewissert haben, daß die Industrie in der Tat in einer für die Gesundheit des Fleisches gefährlichen Weise diese Einfuhr zu bewerkstelligen vermöge.

Mit andern Worten be legt das, daß die Konferenz irgend welche Minderungsmaßnahmen für unnötig hält und dem Reichskanzler vorschlagen will, alles beim alten zu lassen. Wir enthalten uns zunächst jeder Kritik und warten ab, ob Reichskanzler und Bundesrat sich dieser unglaublichen Auffassung anschließen werden.

Vorpostengeplänkel.

Die Sozialdemokratie erhebt für sich den Anspruch, als „die“ Arbeiterpartei angesehen zu werden, wie wenn es sonst keine andere Partei gäbe, die sich um die Interessen der Arbeiter bekümmerte. Diese Annahme hat es mit sich gebracht, daß auch in andern Kreisen die Sozialdemokratie als die berufene Vertreterin aller Arbeiter gilt. Unter ihren Anhängern ist natürlich der Glaube verbreitet, daß alles, was diese Partei tut, richtig und einwandfrei ist, während alle anderen Vertreter von Arbeiterinteressen sich auf dem Solzwege befinden. Wie wenig berechtigt diese Auffassung ist, das zeigen verschiedene Auslassungen hervorragender sozialdemokratischer Führer, die allerdings nicht auf dem radikalen Flügel stehen, aber trotzdem sicherlich ein Urteil haben über das, was in der Partei vorgeht. Die „Sozialistischen Monatshefte“, die man als das wissenschaftliche Organ der Revisionisten ansehen kann, bringen in ihrer Parteitagsummer eine ganze Anzahl von Aufsätzen, in denen den Parteifunktionären die bittersten Wahrheiten gesagt werden.

Vor jedem sozialdemokratischen Parteitage kann man ja beobachten, wie in aller Öffentlichkeit die schmutzige Wäsche gewaschen wird. Es wird stets dafür gesorgt, daß auf dem Parteitage genügend Kadav gemacht wird, damit die Verhandlungen pikant werden und ihren Eindruck auf die große Masse der „Genossen“ nicht verfehlen. In diesem Jahre findet der Parteitag in Chemnitz statt, und wie immer ist Unterhaltungsstoff reichlich vorhanden. Da ist, um nur einiges herauszugreifen, der Fall des Reichstagsabgeordneten Landberg-Magdeburg, der es fertig gebracht hat, ein Karlsruher im Reichstage stehend anzuhören. Da sind die „Brüderlichen“ Auseinandersetzungen in Württemberg, die auch noch viel Staub aufwirbeln werden. Ferner haben die Radikalistik in Eisenach eine Sonderkonferenz abgehalten, um schon vorher ihre Taktik für den Parteitag festzulegen. Gegen solche Besprechungen haben sich in schärfster Weise die Revisionisten gewandt, und mancherlei Anträge deuten darauf hin, daß auch diese Angelegenheit in aller Breite zur Besprechung gelangen wird. Besonders reichhaltigen Diskussionsstoff aber gibt die Sondernummer der „Sozialistischen Monatshefte“, deren Inhalt zweifellos auf dem Parteitage ebenfalls zur Sprache kommen wird. Wir wollen aus der Fülle des Materials hier nur einige besonders drastische Punkte herausgreifen. Im Laufe des Jahres wird sich Gelegenheit bieten,

noch näher darauf einzugehen. Weil gerade von der Sonderkonferenz in Eisenach die Rede war, seien zunächst einige Sätze angeführt aus einem Aufsätze des Reichstagsabgeordneten Wolfgang Heine über solche „Sonderkonferenzen“. Darin wird u. a. gesagt:

„Schon seit Jahren haben diejenigen, die sich nicht zu dem sogenannten Radikalismus rechnen, die Beobachtung gemacht, daß häufig in den des Mittwochs stattfindenden Fraktions-sitzungen der andere Flügel mit offenbar vorbereiteten Anträgen und Abstimmungen auftrat, namentlich dann, wenn er gerade die Mehrheit hatte. Dabei handelt es sich meist um reine Personalfragen, wie denn überhaupt der Kampf des sogenannten Radikalismus gegen seine Gegner in der Fraktion sich selten um etwas anderes drehte, ausgenommen die Erbschaftsteuerfrage 1909 und die Folgefrage 1912. Erst die Häufigkeit dieses Vorgehens hat die sogenannten Revisionisten genötigt, gelegentlich auch ihrerseits gesonderte Besprechungen zu veranstalten.“

Mit der Einheit und Brüderlichkeit in der sozialdemokratischen Fraktion ideiert es demnach nicht weit her zu sein. Das bestätigt auch der Abgeordnete Dr. Südekum, der über die Abstimmung der sozialdemokratischen Vertreter in einer Kommission folgende Schilderung gibt:

„Roste und ich erkannten die gute Absicht und die Zweckmäßigkeit der von der Regierung vorgeschlagenen Maßregeln an und stimmten daher in der Budgetkommission für den geforderten Betrag. Die andern Mitglieder der Fraktion, die an dieser Sitzung teilnahmen, enthielten sich zum Teil der Abstimmung, zum Teil stimmten sie gegen die Forderung.“

Eine größere Mannigfaltigkeit kann man jedenfalls nicht verlangen. Sehr beachtenswert ist dann ferner die Kritik, die Dr. Leo Arons an der Tätigkeit der preußischen Landtagsfraktion übt. In seinem Artikel ist u. a. die Rede von der „erzkonservativen Gewinnung weiterer preußischer Parteifreije“. Ueber das Vorgehen der preußischen Abgeordneten äußert er sich folgendermaßen:

„Sehr ernst zu nehmende Parteigenossen sind der Meinung, daß die Zwischenfälle, die sich schließlich bis zur gewalttätigen Entfremdung des Genossen Vorchardt aus dem Sitzungssaal steigerten, zum großen Teil zu vermeiden gewesen wären, und daß sie für die Gesamtpartei keineswegs förderlich waren. Es ist vielmehr die Gesamthaltung, die oft genug verriet, daß die Genossen im Abgeordnetenhaus . . . ihre Aufgaben nicht klar genug erkannten.“

Im Zusammenhang damit führt Dr. Arons weiter aus:

„Sehr verbreitet ist die Ueberzeugung, daß die Fraktion durch allzuhäufige und allzulange Reden nicht nur ihre Stellung im Abgeordnetenhaus, sondern auch die agitatorische Wirksamkeit ihres Auftretens nach außen abschwächt. Nun zeigt sich freilich das übergenügende Redebedürfnis in allen Körperchaften, vom Reichstag bis zur Gemeindefeilie; es mißt aber im Abgeordnetenhaus schlimmer, weil die keine Zahl der sozialdemokratischen Redner eine besonders auffällige Eintönigkeit herbeiführt.“

Nicht vorübergehen wollen wir außerdem an einer charakteristischen Bemerkung, die den Brantweinbockott betrifft. Die Sozialdemokratie tut sich bekanntlich nicht wenig darauf an, daß sie den Brantweinbockott eingeleitet habe, während in Wirklichkeit die Deutschen Gewerkschaften den ersten Anstoß dazu gegeben haben. Wie im übrigen dieser Bockott von den Genossen durchgeführt wird, das zeigen folgende Bemerkungen Dr. Arons. Bei aller Anerkennung des Rückgangs meint er, daß frühere, von bürgerlichen Kreisen entfachte Bewegungen zeitweilig weit größere Erfolge bezüglich der Einschränkung des Alkoholgenußes erzielt hätten. Dafür werden einige Zahlen angeführt und hinzugefügt:

„Soll ich glauben, daß wir Ähnliches erreichen werden, wenn ich sehe, wie führende Parteigenossen trotz Erinnerung öffentlich ihre Schuäpschen trinken und andere dazu auffordern?“

Im übrigen vertritt Dr. Arons den Standpunkt, daß die bisherige Taktik der Sozialdemokratie bei den preußischen Landtagswahlen verfehlt gewesen ist, und daß unbedingt ein Aufwachen mit dem Liberalismus angestrebt werden müsse. Ähnlichen Anschauungen begegnet man in dem Aufsatz des Badeniers Wilhelm Kolb: „Geraus aus dem toten Geleite!“ Hier wird auf den gewaltigen Gewinn hingewiesen, den die sozialdemokratische Partei bei den letzten Reichstagswahlen gehabt, der aber auch nicht im geringsten die politische Signatur verändert hat. Wenn sich auch die 110 sozialdemokratischen Kandidaten wohl bemerkbar machen, so sei ihr Einfluß auf die politische Gesamtlage äußerst gering, wenn man da überhaupt von einem Einfluß reden kann.

Die Sozialdemokratie bestimmt die wirkliche Politik heute so wenig, wie sie es vor den Wahlen getan hat, und dabei bliebe es auch, wenn sie noch mehr Stimmen und noch mehr Kandidaten erobert hätte. Ihre politische

Macht ist in der Hauptsache negativ-abwehrend, politisch kann sie sich solange nicht in entsprechender Weise durchsetzen, als die Sozialdemokratie auf ihrer grundsätzlichen Regierung des heutigen Staates festhält.“

In dieser Regierung erblickt Kolb einen Widerspruch mit der parlamentarischen Tätigkeit überhaupt. Das haben viele Parteigenossen wohl erkannt. Aber wehe, wenn sie diesen Mischichten Ausdruck geben!

„Wer sich unterfängt, diesen Problemen tiefer auf den Grund zu gehen und durch seine Studien mit den Parteidogmen in Widerspruch kommt, muß sich entweder aus der aktiven Politik zurückziehen, oder er läuft gar Gefahr, daß ihm der Stuhl vor die Füße der Partei gesetzt wird. Mit dieser ebenso einfachen wie brauen Methode Politik zu treiben, haben wir es aber nur soweit gebracht, daß die sozialdemokratische Partei trotz ihrer imponanten Stärke . . . politisch sich auf einem toten Geleise bewegt und in fast allen großen Fragen der allgemeinen und Wirtschaftspolitik keinen festen Boden mehr unter den Füßen hat. . . . Wir pendeln beständig zwischen der sozialrevolutionären Theorie von dem nicht zu umgebenden Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft und der auf halbem Weg stehenbleibenden reformistischen Taktik hin und her. Jedemal wenn unsere Partei einen kleinen Schritt auf dem Weg einer wirklichen Politik vorwärts machen will, müssen wir erst einen inneren Konflikt durchkämpfen, um das prinzipielle Hindernis zu beseitigen.“

Mit dieser Theorie und dem, was sie politisch zur Folge hat, besorgt die Sozialdemokratie nach Auffassung des Genossen Kolb nur die Geschäfte der Reaktion.

So viel für heute. Die Parteitagsummer der „Sozialistischen Monatshefte“ enthält aber auch sonst noch eine unendliche Fülle von Material, auf das ein andermal zurückzukommen werden kann. Am Sonntag wird der Parteitag in Chemnitz eröffnet. Nachher wird sich Gelegenheit bieten, über die Aufnahme zu berichten, deren sich die Parteiführer zu erfreuen hatten.

Eine Warnung vor der Auswanderung in unser Schutzgebiet.

enthält die letzte Nummer des „Arbeitsmarkt“, Monatschrift des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise. Wenn man, so heißt es dort, die verschiedenen Berufs-klassen betrachtet und die Ausländer, die diese bei einer Auswanderung nach unserem Schutzgebiet haben, so liegen die Verhältnisse für eine Auswanderung auf gut Glück wenig ermutigend. Für gelernte Handwerker sind sie noch am günstigsten. Maurer, Zimmerleute, Tischler, Schmiede, Stellmacher, Maler und Sattler haben bisher unter guten Lohnbedingungen Beschäftigung gefunden. Es ist aber unangenehm, daß einmal durch das Verbleiben gelernter Handwerker, die früher der Schutztruppe angehört, und durch die Zunahme der Einwanderung im Laufe der Zeit ein Rückgang der hohen Löhne herbeigeführt wird, und es darf auch nicht übersehen werden, daß Handwerker nicht in jedem Orte, an dem sie einmal Beschäftigung gefunden haben, nun auch auf dauernde Arbeitsgelegenheit rechnen dürfen. In Deutschland werden Handwerker für Deutsch-Südwest nur noch ausnahmsweise angenommen und auch dann nur für die Eigenbahn- und Bergwerksunternehmen. Eine Vermittlung derartiger Stellen findet nicht statt, sondern die Bewerber müssen sich unmittelbar mit den Unternehmensgesellschaften in Verbindung setzen und bei ihnen ein Gesuch um Anstellung im Schutzgebiet anbringen. Auch in den übrigen Fällen ist es Handwerker, die den Versuch machen wollen, eine Beschäftigung in Deutsch-Südwest zu finden, dringend zu raten, vorher bei den in Betracht kommenden Firmen anzufragen, ob sie auf Beschäftigung rechnen können. Die Angehörigen vieler Berufe, wie besonders Bäcker, Konditoren, Fleischer, Schneider, Schuhmacher, Buchbinder, Schrifteier, Glaser usw. finden in Südwest nur in sehr beschränktem Umfang Gelegenheit zur Arbeit. Ein Bedürfnis nach ihrer Arbeit liegt nicht vor, oder es sind derartige Handwerker bereits in genügender Zahl vorhanden. Vor einer Auswanderung auf Geratemoh! hin müssen diese nachdrücklich gewarnt werden. Verhältnismäßig schnell haben bisher Bauhandwerker lohnende Beschäftigung gefunden, falls ihre Ansprüche nicht zu hoch waren, und hierin wird sich wohl auch sobald nichts ändern. Ungelernte Arbeiter haben wohl nirgends Ausichten, ein Fortkommen zu finden. Für landwirtschaftliche Wirtschaftsbeamte bietet sich wenig Aussicht, Stellung zu erlangen. Größere landwirtschaftliche Betriebe, die Beamte und zahlreiche Arbeiter beschäftigen könnten, sind überhaupt nicht vorhanden, und die extensiv betriebene Viehzucht erfordert selbst auf großen Farmen nur verhältnismäßig wenige Hilfskräfte, für die in der Regel Eingeborene Verwendung finden. Gandelt es sich um die Anstellung selbständiger Betriebsleiter für den

abwesenden Besitzer, so ist unter allen Umständen die Kenntnis der Landesverhältnisse und Vertrautheit mit den landesüblichen Betriebsmethoden Vorbedingung für eine Anstellung. Auch Kaufleute, die ohne Anstellung herkommen, haben wenig Aussichten, in ihrem Beruf Beschäftigung zu finden, denn die größeren Firmen nehmen ihre Angestellten meist in Deutschland an. Für selbständige Kaufleute mit kleinerem Kapital ist zu erwägen, daß in Südwestafrika die Zahl der hier bereits anlässigen Kaufleute und Händler immer sehr groß ist. Es ist also jedem Auswanderungswilligen abzuraten, aufs Geratewohl in unser Schutzgebiet zu überfiedeln.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 13. September 1912.

Die Reform des Arbeitsrechts. Der fortschrittliche Abg. Stadtrat Dr. Fleisch hat, wie bereits mitgeteilt, mit mehreren Parteifreunden zum Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei in Mannheim einen Antrag eingebracht, der die Ausbildung des Arbeitsvertrages zum Schwerpunkt der Fortschrittlichen Volkspartei erhoben wissen will. Zu dieser Angelegenheit ist an den Zentralausschuß der Partei nachstehendes Schreiben eingegangen:

„Im Wahlauslauf, den die Fortschrittliche Volkspartei vor den Reichstagswahlen ergreifen ließ, wurden die Forderungen aufgestellt, die im Interesse der beschiedenen Berufs-, der Landwirtschaft, des Handwerks, des Handels und der Industrie, der Arbeiter und Angestellten, Beamten usw. zu erheben seien. Für die Arbeiter und Angestellten wurden verlangt: Soziale Ausgestaltung des Arbeitsvertrages, Vervollständigung des Koalitionsrechts, Verbesserung der Versicherungsordnung, erhöhter Mutterschutz.“ Die erste dieser Forderungen ist insofern neu, als bisher des Arbeitsvertrages keine bestimmte Erwähnung in den Programmen usw. gezeichnet ist. Sie scheint uns aber nicht genügend der Bedeutung gerecht zu werden, die der Arbeitsvertrag in unserer Staats- und Rechtsordnung hat, und noch weniger demjenigen, was die Volkspartei fordern muß, wenn sie ihr Programm bezüglich der unbedemelten Klassen entwickeln und ihr Verhältnis insbesondere zu der Sozialdemokratie klären und abgrenzen will. Der Ausgang der diesmaligen Wahlen zeigt uns Genüge, daß unser Programm, wie es jetzt ist, nicht ausreicht, um insbesondere dem Wachstum der auf dem Erstarren Programm fußenden Sozialdemokratie Einhalt zu tun. Wahlauslauf und Programm können selbstverständlich keine Eingelforderung aufstellen, sondern nur die Richtlinien bezeichnen, in denen sich die Tätigkeit der Partei bewegen soll. Gerade die Reform des Arbeitsvertrages muß aber durch solche Richtlinien getroffen werden. Denn die gesamte Lage der unbedemelten Volksklassen, ja des gesamten Volkes mit Ausnahme der an Zahl geringen Vermögenden wird ausschließlich durch das Recht des Arbeitsvertrages bestimmt, und die gesamten sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie wie der übrigen Arbeitergruppen, der Beamten und des Mittelstandes sind einfach stützen darüber, daß das heutige Arbeitsrecht vollständig unzureichend ist, weder für die Bedürfnisse des einzelnen noch für die der Familie noch vor allem für die persönliche Unabhängigkeit der Unternehmenden sorgt. Die Sozialdemokratie sammelt alle diejenigen, die sich hierdurch bedrückt und beschwert fühlen, und verheißt Befreiung ihrer Beschwerden, wenn erst die Umwandlung der heutigen Gesellschaft, d. h. die Befreiung der heutigen Gesellschaften gelungen sei. Unsere Aufgabe ist es, zu zeigen, daß es für die meisten Fragen nicht einer Umwandlung der Gesellschaftsform bedarf, sondern der Ausfüllung der Lücken des heutigen Arbeitsrechts, also nicht nur einer „sozialen Ausgestaltung des Arbeitsvertrages“, sondern der Verwirklichung des Arbeitsverhältnisses aus einem, der Hauptfache nach nicht durch die Rechtsordnung beherrschten Verhältnis, in ein Gewaltverhältnis, in ein reines Rechtsverhältnis. Wir beantragen, daß an geeigneter Stelle, bei den allgemeinen Darlegungen des Programms, ein Satz eingeschoben wird, der ungefähr den folgenden Inhalt hat:

Es folgt dann der in unserer Nummer 72 bereits veröffentlichte Antrag mit folgenden Unterstrichen: Reichstagsabgeordneter Fleisch (Südburg i. Schl.), Landtagsabg. Fleisch (Frankfurt am Main), Stadtverordneter Karl Goldschmidt (Berlin), Landtagsabg. Lippmann (Stettin), Dr. S. Pottb Hoff (Düsseldorf), Prof. Dr. Fr. Höppler (Frankfurt a. M.), Prof. Dr. Hugo Preuß, Stadtrat (Berlin), Prof. Dr. Jaitrow (Berlin).

Das Schreiben ist sehr wohl geeignet, dem Antrag einen größeren Nachdruck zu verleihen. Zu wünschen wäre nur, daß der fortschrittliche Parteitag genug soziales Verständnis zeigt, daß er den Antrag Fleisch in das Parteiprogramm aufnimmt.

Über die Bildung neuer Berufs-genossenschaften wird der Bundesrat in seiner ersten Sitzung nach den Ferien am 10. Oktober Beschluß fassen. Eine solche Neubildung soll erforderlich geworden sein durch die Ausdehnung der Unfallversicherung auf neue Gewerbegebiete. Es können in dieser Beziehung in Frage kommen eine Böttner-Verbands-Genossenschaft, eine Detailhandel-Berufs-

genossenschaft und eine Versicherer-Genossenschaft für das nicht gewerbmäßige Halten von Reitern und Fahrzeugen. Da die Unfallversicherung in der durch die Reichsversicherungsordnung geschaffenen neuen Gestalt bereits am 1. Januar 1913 in Kraft tritt, müssen die neuen Berufs-genossenschaften bis zu diesem Zeitpunkt gebildet sein. Aus diesem Grunde dürfte das Reichsamt des Innern logischer nach der Beschlußfassung des Bundesrats Vertreter der in Frage kommenden Gewerbegebiete zu Beratungen einberufen, in denen über die Organisation der neuen Genossenschaften, die Bildung ihrer Vorstände und die Aufstellung der Statuten Beschluß gefaßt werden muß. Der Versicherungs-genossenschaft für das nicht gewerbmäßige Halten von Reitern und Fahrzeugen werden auch alle diejenigen Sportgebiete unterstellt, in denen Fahrzeuge, die durch elementare oder tierische Kraft bewegt werden, sowie Reitstärbe verwendet werden. Auch alle diejenigen Personen, die zu privaten oder Berufs-zwecken Fuhrwerk oder Kraftwagen halten — so weit es sich nicht um einen Gewerbebetrieb handelt — müssen der neuen Versicherungs-genossenschaft als Mitglieder beitreten.

Die Resolution des Verbandes sächsischer Industrieller betreffend einen wirksameren Arbeitswilligenschuß hat den schärfsten Widerspruch der sächsischen Regierung herausgefordert. In der Resolution war gesagt, daß die Behörden nur schwer oder überhaupt nicht zu bewegen seien, auf Grund der bestehenden Gebiete den Arbeitswilligen den genügenden Schutz zu gewähren. Dagegen wird in den der sächsischen Regierung nachstehenden Blättern eine recht scharfe Erklärung veröffentlicht, daß jene Behauptung des Verbandes eine schwere öffentliche Beleidigung der sächsischen Behörden darstelle, die vollkommen unbedeutend ist, und für die der Verband auch nicht den Schutten eines Beweises anführen könne. Die sächsischen Polizeibehörden hätten immer ihre volle Schuldigkeit getan und Ausrichtungen beim Streikpostenteilen sowie sonstige Vergehen zur Anzeige gebracht. Das Verhalten des Verbandes sei nur geeignet, in den Kreisen der Arbeitgeber Unzufriedenheit zu erzeugen, die dem Wirken der Regierung, den Terrorismus der Sozialdemokratie zu befähigen, nicht dienlich sei.

Nun wird doch nicht etwa der sächsische Industriellenverband kommen und sagen, daß seine Regierung für besondere Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter eintreten soll?

Arbeiterbewegung. Der Streik in den Buchdruckmaschinenfabriken in Berlin ist beendet, nachdem den Arbeitern bezüglich des Lohnes kleine Zugeständnisse gemacht worden sind. Ebenso ist die Bewegung der Bauanschläger in Breslau zum Abbruch gelangt. Es wurde ein 3 Jahre gültiger Tarif vereinbart, der sowohl für die Akkorbarbeiter wie für die Stundenlöhne eine Erhöhung bringt. — Im Erzgebirge befanden sich seit einigen Wochen die in den Kartonnagenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstande. Es haben in dieser Woche mehrere Verhandlungen stattgefunden, die zu einer den Arbeitern günstigen Einigung führten. — In Heilbronn a. N. hatten in einigen Tuchschleifereien die Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil ihnen auf ihre Lohnforderungen nicht nur keine Zugeständnisse gemacht, sondern sogar noch Verschlechterungen angedroht waren. Daraufhin haben die Unternehmer auch in den übrigen Betrieben Heilbronn und in der Umgegend den organisierten Arbeitern gekündigt, worauf auch die unorganisierten sich solidarisch erklärten und die Kündigung einreichten. — Zu einer Tarifbewegung ist es in den Schwerfuhrenwerken in Nürnberg gekommen. In den größeren Betrieben wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der den Arbeitern mancherlei Vorteile bringt; in einer Anzahl kleinerer Betriebe, die aber nur verhältnismäßig wenige Leute beschäftigen, droht es zum Kampfe zu kommen. — In der Vogtländischen Baumwollspinnerei in Hof bestehen seit längerer Zeit Lohnunterschiede, die bald in dieser, bald in jener Abteilung zum Ausstand führten. Infolgedessen hat die Betriebsleitung jetzt sämtliche Arbeiter auseinander, deren Zahl sich auf annähernd 1000 beläuft.

Die Befreiung der Nachtarbeit im Bäckergewerbe, die in einigen Ländern bereits durchgeführt ist und auch bei uns von den Gehilfen dringend gefordert wird, wird in einer Broschüre des Bäckereimeisters Fürstentum lebhaft befürwortet. Es heißt nach der „Deutschen Bäckereizung“ in dieser Schrift u. a.:

„Die Nacht ist nach meiner Ansicht von der Natur dazu erschaffen, den Körper durch Ruhe und Schlaf zu kräftigen und arbeitsfähig zu machen, aber nicht um zu arbeiten. Jedenfalls ist es gar nicht unserm Zeitalter, wo alles nach Reformen und Verbesserung der Lage der Arbeiter strebt, entsprechend, daß wir immer noch nach der alten Sitte, zur Nachtzeit zu haken, weiter arbeiten. Jeder unter uns, der die Nacht mit arbeitet, wird die Gelegenheit schon erwünscht haben, nun Wohl! Mit dem Schellen und Verwünschen ist nichts getan, laßt uns einmal zur Tat übergehen. Wegen eines ganz wichtigen Grundes haben unsere Vorfahren sich zu dieser Sklaverei der Nachtarbeit verleiten lassen; dieser Grund war jedenfalls die Konkurrenz. Nur um dem Publikum morgens früh frisches Brot offerieren zu können, ist es allmählich dahin gekommen, daß wir gezwungen sind, in der Nacht zu arbeiten; aber auch nur darum, andere Gründe sind durchaus nicht schädlich, z. B. daß es sich nachts besser bäckt, als am Tage, weil es kühler ist, oder weil man ungestört ist usw. Mancher wird auch sagen, die Nachtarbeit ist nicht schädlich, sie bekommt uns ganz gut, diese Herren möchte ich doch bitten, im Kreise der Gehilfen einmal Umchau zu halten, woher alle diese Reden, übernatürlichen Gesichter? Nur von der Nachtarbeit, nicht von der Arbeit, und nicht vom Schreiben, wie vielfach geäußert wird, denn geht ein Bäcker bei Tag aus, um einmal frische Luft zu schöpfen, küßt er es am Schläfe ein. Die Arbeit selbst ist ja leicht, sie erfordert nur etwas Ausdauer. Es sind sehr viele Meister über fünfzig Jahre alt, die aber den Genuß der Nachtstube nur noch vom Vorentgen kennen, denn seit ihrem 14. Lebensjahre arbeiten sie schon Nacht für Nacht. Viele werden sagen, wenn dieses Arbeiten bei Nacht nicht heftig, kann ja davon fern bleiben. Ja, sollte denn wohl einer unter uns sein, dem es als Bekling oder Heilelle gefallen hat? Ich glaube es nicht, aber aus Ehrgefühl und Lust zu der Arbeit in der Bäckerei bleibt man eben dabei, auch hofft man Meister zu werden, dann braucht man vielleicht nachts nicht mehr zu arbeiten. Mancher junge Heilelle oder Lehrling würde sich gerne im Rechnen, Buchhaltung oder in einem anderen Lehrgange weiter ausbilden, welches doch auch in unserem Geschäft sehr wohl zu gebrauchen ist; aber es geht nicht, denn der Nachmittags und Abend ist unsere Nacht, und mancher würde dabei einschlafen, folglich bleibt er zu Hause. Sollte es uns denn nicht möglich sein, unter Dasein etwas besser zu gestalten? Sehr wohl! Aber nur durch Abschaffung der Nachtarbeit. Dies ist auch gar nicht schwer, es gehört nichts weiter dazu, als eine feste Einigkeit zwischen Meistern sowohl als zwischen den Gehilfen. Gelinzt es uns durch Einigkeit, dann werden alle, die in der Bäckerei beschäftigt sind, mit Lust und Liebe arbeiten, und unsere Nachfolger werden uns dankbar sein bis in die späteste Zeit.“

Dieses Urteil eines Meisters wird im Kampfe für das Verbot der Nachtarbeit im Bäckergewerbe eine wichtige Waffe bilden. Es zeigt, wie berechtigt die Forderungen der Gehilfen in dieser Beziehung sind. Die Nachtarbeit ist keineswegs etwas Notwendiges und Unabänderliches. Deshalb sind die Bäckergehilfen verpflichtet, energisch für ihre Abschaffung einzutreten. Das können sie aber nur, wenn sie einer Organisation angehören, die sich die Befreiung der Nachtarbeit zur Aufgabe gestellt hat. Eine solche Organisation ist unter Gewerkschaften der Bäcker und Konditoren, dem obigen Ausführungen eines Bäckereimeisters einen neuen Ansporn geben werden, auf der betretenen Bahn weiter zu gehen.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. Daß ein Leitendruck als Betriebsunfall anerkannt wird, ist sehr selten. Es geschieht nur, wenn der Bruch bei einer außergewöhnlichen Beschäftigung herbeigeführt und die Krankheitserscheinungen so stürmisch sind, daß der Verunglückte laute Zeichen des Schmerzes von sich gibt, sofort die Arbeit einstellen und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen muß. Ein charakteristischer Fall ist folgender: Einem in einem Säge- und Hobelwerk beschäftigten Holzarbeiter war beim Holzenteilen ein rollender Baumstamm gegen die rechte Seite des Leibes gefallen. Er erpicht sofort so heftige Schmerzen, daß er die Arbeit einstellen und fast ohnmächtig nach einem Umteiler der Arbeitsstelle gelegenen Privathaus geführt werden mußte, wo der alsbald herbeigerufene Arzt eine Unterbindung vornahm. Diese ergab auf der rechten Seite der Leistengegend eine etwa nußgroße, sehr schmerzhaft hervorstühende, die der Arzt als einen Bruch erkannte. Durch alsbaldiges Juridieren wurde dem Verletzten Vinderung verschafft. Der untersuchende Arzt hielt die Entstehung des Bruches durch den Unfall für zweifellos erwiesen, und das Reichsversicherungsamt hat sich diesem Gutachten angeschlossen, obgleich ein anderer Arzt gegen die plötzliche Entstehung des Bruches durch den Unfall Bedenken erhoben hatte. Es nahm an, daß der Unfall als solcher sehr wohl geeignet war, einen Leitendruck herbeizuführen. Dazu kommt, daß sofort nach dem Unfall die bei Entstehung von Leitendrüben zu charakteristischen stürmischen Krankheitserscheinungen, sehr heftige Schmerzen

und Ohnmachtsgefühl, beim Verletzten sich gezeigt haben. Dem Mägi wurde deshalb die bei Verletzten übliche Teilkente von 10 Proz. zuerkannt.

Eine begriffliche Rede auf das Genossenschaftswesen hat vor nicht allzulanger Zeit der sächsische Ministerpräsident Graf Bismarck gehalten. Seine Ausführungen waren nach der „Kreuz-Ztg.“ ungefähr folgende:

Wenn man die Entwicklung überblickt, die das Genossenschaftswesen im letzten Menschenalter genommen hat, so ist es nicht mehr nötig, der Öffentlichkeit gegenüber die Nützlichkeit des Genossenschaftsgedankens und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der einzelnen Genossenschaften zu einem einheitlichen Verbande nachzuweisen. Es handelt sich nur noch darum, den Gedanken des Zusammenschlusses in immer weitere Kreise der Berufsangehörigen zu tragen, die Organisation immer besser auszubauen und ihnen immer neue Arbeitsgebiete zu unterwerfen. Insbesondere bei uns im Königreich Sachsen, wo die Genossenschaftsgründungen anfangs langsam einsetzten, hat die Bildung neuer Genossenschaften in den letzten 20 Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Regierung darf diese Entwicklung mit einiger Genugtuung begrüßen, hat sie doch durch Aussetzung eines Leihzins auf 9 Millionen erhöhten Betrages und durch Gewährung von Darlehen die Gründung von Genossenschaften nicht unwesentlich gefördert. Dabei hat die Regierung jede unmittelbare staatliche Einwirkung auf die Gründung von Genossenschaften vermeiden wollen, weil sie den Wert der Genossenschaftsbildung gerade darin erblickt, daß der einzelne, der sich mit seinen Genossen zusammenschließt, sich vorher klare Rechenschaft darüber ablegt, welche Verantwortung er damit übernimmt. Nur die volle Selbstverantwortung und Selbstverwaltung kann das fruchtbare Selbstvertrauen wecken. Und darin liegt neben dem wirtschaftlichen Nutzen der vorbildliche sittliche Wert des Genossenschaftswesens. Denn mit jeder erfolgreichen Gründung haben die Genossenschaften zugleich einen Teil des sozialen Problems unserer Zeit gelöst. Und das ist der Punkt, wo das allgemeine Staatsinteresse einsetzt. In dem großen Kampfe unserer Tage zwischen Individualismus und Kommunismus, in dem Ringen der Persönlichkeit um ihre wirtschaftliche Selbständigkeit gegenüber der aufsteigenden Kraft der Masse ist es den Genossenschaften beschieden, wenn auch nicht auf allen, so doch auf bedeutenden Gebieten eine ausgleichende Rolle zu spielen. In dem Augenblick, wo das einzelne Individuum von der Uebermacht des stärkeren Nachbarn oder von der Konkurrenz jener fern und ihm unbekanntem Markt bedrängt wird, die den Weltmarktpreis bestimmt, bietet ihm die Genossenschaft eine Zufluchtsstätte. Denn sie ist es, die ihm im Gegenstande den Verlockungen des Kommunismus diejenige Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit sichert, die die menschliche Persönlichkeit braucht, um sich der eigenen Kraft zu freuen und die Früchte der eigenen Arbeit zu genießen.

Dazu bemerkt die „Soz. Praxis“ mit verständiglicher Bitterkeit, daß diese Lobpreisung des Genossenschaftswesens nicht den konjunkturmäßig produktiven Bestrebungen der städtischen Arbeiter- und Kleinbürgermassen, sondern den landwirtschaftlichen Genossenschaften der Bauern und

Gutsbesitzer galt, deren Genossenschaftstag der sächsische Ministerpräsident mit so tiefem Verständnis begrüßte. Je lebhafter man diesen Worten zustimmt, je reichere Anerkennung man der landwirtschaftlichen Genossenschaft zu spenden geneigt ist, um so bitterer muß man es empfinden, daß in Deutschland den genossenschaftlichen Bestrebungen der unteren Schichten, die ihrer noch viel notwendiger bedürfen und bei der Selbsthilfeorganisation viel größere Schwierigkeiten zu überwinden haben, die Sympathien der Behörden bisher verlagert geblieben sind, ja, daß derartigen Arbeiterhelferorganisation oft noch bewußt Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Die kaufmännisch-gewerbliche Fortbildungsschule des Berliner Handwerker-Vereins, E. Söppelstraße 18, eröffnet am Dienstag, 1. Oktober, ihre Winterkurse. Die Organisation der Schule in Halbjahreskursen mit scharf abgegrenzten Zielen hat sich als ein Vorzug der Anstalt seitens bewährt und ermöglicht es Lernenden in reiferem Alter, die fehlbar gewordenen Lücken ihrer Kenntnisse in kürzester Zeit auszufüllen. Die jetzt Jahren bestehende Einrichtung, gleichzeitig dem weiblichen Geschlecht die Teilnahme an allen Kurien zu gestatten, hat zu Unzuträglichkeiten keine Veranlassung gegeben. Die Unterrichtszeit ist in Rhythmus auf Aufgestellte mit späterem Geschäftsschluß auf die Abendstunden von 8 1/2 bis 10 Uhr gelegt. Die Jagdenunterrie finden Sonntags vormittags statt. Zur Ergänzung des Unterrichts in der Malklasse wird ein Kursus in Stillehre und Formenkunde neu eröffnet, der im ersten Vierteljahre die antiken Stilformen behandeln wird. Nähere Auskunft geben die Unterrichtspläne, die beim Verwalter unentgeltlich zu haben sind oder auf Wunsch zugeandt werden. Anmeldungen können schon jetzt bewirkt werden an den Vereinsabenden Montags, Mittwochs und Sonntags in der Geschäftsstelle des Vereins.

Verbands-Zeil

Ver sammlungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerksvereine (G. D.). Verbandsbaus der Deutschen Gewerksvereine, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 18. September, abends 8 1/2 Uhr Vortrag. Gäste herzlich willkommen. Gewerksvereins-Vereinstafel (G. D.). Jeden Donnerstags, abds. 9-11 Uhr Übungshunde 1. Verbandsbau d. Deutschen Gewerksvereine (Greiner Saal). Gäste willk. Sonntags, 14. September. Maschinenbau u. Metallarbeiter XI. Abends 8 1/2 Uhr im Rathhahnen-Restaurant, Arminiusplatz.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Vertreterversammlung in Burghof Gesellschaftshaus, Reffenstr.; jeden 1. und 3. Donnerstags im Monat Distrikterklub ebenda, pünktlich 8 1/2 Uhr abends. Cottbus (Distrikterklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstags im Monat bei Honlein, Sandowstr. 42. Dessau. Gewerksvereins-Vereinstafel jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-11 Uhr Übungsh. 1. Vereinsl. „Fasan“, Marktstr. —

Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abds. von 8-11 Uhr Sitzung i. Verbandsbaus, Kurfürstenstr. 29. Bitterfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Vertreterversammlung bei Roggenkämpfer, Eberfeld, Kurlstr. und Erholungstr. 66. Frankfurt a. O. (Gewerksvereins-Vereinstafel). Jeden Freitag von 8-10 Uhr Übungshunde im Vereinslokal, Marktstr. 16. Verbandsabende heral. willkommen! Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Ortsverband-Vertreterversammlung im Vereinslokal von E. Simon, Alter Markt. — Saaren b. Kassel. Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Distrikterabend bei Eubewig. — Halle a. S. (Ortsverband). Der Distrikterabend findet jeden letzten Sonntag im Monat im Passage-Restaurant, in der Strohen Brauhausstraße, statt. — Hamburg (Ortsverb.) Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Elefoph“, Lagerstraße 2. Distrikterabend. — Hamburg (Gewerksvereins-Vereinstafel). Jeden Donnerstags Übungsh. b. Ehnert in Altona, Eimshäuserstr. 48-50. — Hannover und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, den 15. September, nachmittags 3 1/2 Uhr in d. Königsworthe, Brühlstr. 12. Vortrag des Kollegen K. d. l. u. g. Duisburg über „Lebensmittelsteuerung“. Damen sind willkommen. — Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband). Monatsvers. der Jugendabst. am Sonntag, nach dem 15. eines jed. Monats morg. 10 Uhr in Linden bei Herrn Steinmetz. — Herne in Westf. (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertreterversammlung bei Witte Wilh. Kube, Herne, gegenüber der evang. Kirche. — Heseloh. Distrikterabend jeden 2. Mittwoch bei Hülpe. — Leipzig (Gewerksvereins-Vereinstafel). Die Übungshunde finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Wälsheim a. Harz. Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 38. — Zettin (Sängerchor d. Gewerksvereine). Die Übungshunde finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Total Hotel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willk. — Zeyandau (Ortsverband). Sonntags, 14. September, bei Krause, Schönwalderstr. 2, Elternabend, verbunden mit Vortrag: „Was will der Jugendbund der deutschen Gewerksvereine?“ Referent Kollege Jäger. Gründung einer Jugendabteilung und gemüthliches Beisammensein. — Ziegel (Distrikterklub für Ziegel, Vorratmal u. Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schillerstraße 28, Ecke Schönebergerstraße. — Thurn (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Rauerstr. 62. — Weihenfeld a. S. (Verbandsabteilung der Gewerksvereine). Übungshunde jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangslebende Gewerksvereinskollegen sind willkommen. — Weihenfeld (Ortsverband). Jeden 1. Sonntags im Monat Distrikterklub in Hermanns Garten. — Wörmz (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Übungshunde im Verbandslokal „Rehental“.

Wanderungen bzw. Ergänzungen zum Wochenspiegel.

Wälsheim a. Harz (Ortsverband). Wilhelm Hunnen, Vorsitzender, Joffstr. 26.

Briefkasten.

G. A. in Weihenfeld und andere Bekletter. Das Taschenbuch für die Deutschen Gewerksvereine 1913 erscheint erst im Oktober d. J., folglich können Probestücker, die vielfach gewünscht werden, nicht versandt werden.

Anzeigen-Zeil

Inserte werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Soziale Kommission der Deutschen Gewerksvereine
Gross-Berlin
Sonntag, d. 22. September 1912, abds. 6 1/2 Uhr im Verbandsbau der Deutschen Gewerksvereine Berlin NO 65, Greifswalder Str. 221 (grosser Saal)
Unterhaltungsabend
bestehend in deklamatorischen, musikalischen und Gesangs-Vorträgen.
Im Anschlusse hieran gemüthliches Beisammensein und Tanz
Eintrittskarten zu 30 Pf. inkl. Tanz sind in allen Bureau's und bei den Ortsvereinskassierern zu haben

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3.—
In 10 in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Kontorbeständen, Bombardgeschäften u. m. a. auffant. Ferner haben ich 100 Stück feine 4 Pfg.-Zigarren für 2.50 Mk., 100 Stück feine 6 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 6 Mk., 100 Stück feine 15 Pfg.-Zigarren für 8 Mk., 100 Stück feine 20 Pfg.-Zigarren für 10 Mk. — Nichtbenutztes nehme unentgeltlich zurück. Versand nicht unter 100 Stück. — G. A. Weller, Verbandsbau, Berlin C., Neue Schönhauser Straße 16. — Gebirgsstr. 100.

Düsseldorf und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen aller Berufs erhalten in unserem Verbandsbauje zum Klosterkeller, Kurfürstenstr. 29 ein Ortsgeheim zu 60 Pfg. Zu melden auf dem Bureau, 1. Etage. Dasselbe Arbeitsnachweis für alle Berufs.

Bitterfeld (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgeheim von 75 Pfg. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; sind Berufs nicht am Orte vertreten, beim Ortsverbandskassierer D. Eppendorf, Neuf. Bis. Marktstr. 10.

Wälsheim a. Harz (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten in den Herbergen zur Heimat I und II freies Nachtquartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, G. Habede, Bant, Goethestr. 7.

Commerfeld (Ortsv.). Durchreisende Arbeitslose erhalten das Ortsverbandgeheim im Betrage von 50 Pfg. beim Verbandskassierer Koll. Unglaube, Commerfeld, Krummstr. 108.

Eibing (Ortsverband). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten an Reiseunterstützung 75 Pfg. bei H. Zimmermann, Thalstraße 36.

Stralsund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Karten beim Ortsverbandskassierer G. Stabenow, Wälsenstr. 52.

Hamm (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Nachweis und 75 Pfg. Unterstützung oder Nachschlag auf dem Bureau der Maschinenbauer, Wilhelmstr. 15.